

Regionale CO₂-Bilanzen für Baden-Württemberg

Methodik, Datengrundlagen und aktuelle Ergebnisse

Sabine Schmauz



Dipl.-Ingenieurin Sabine Schmauz ist Referentin im Referat „Umweltbeobachtung, Ökologie, Umweltökonomische Gesamtrechnungen“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

Nationale sowie internationale Bestrebungen zur Festlegung langfristiger Ziele zur Minderung des weltweiten Treibhausgas-Ausstoßes sowie deren Realisierung erfordern regional und zeitlich vergleichbare Bilanzierungen der Treibhausgasemissionen. Die energiebedingten Kohlendioxid-Emissionen machen landesweit mit 72,6 Mill. Tonnen (t) knapp 90 % der gesamten Treibhausgasemissionen aus. Diese Darstellung nach dem Standortprinzip liefert eine vergleichbare Zahl zu den auf Bundesebene nach internationalen Vorgaben des Kyoto-Protokolls ermittelten energiebedingten Kohlendioxid-Emissionen. Die Höhe dieser quellenbezogenen Emissionen streut in den Städten und Gemeinden erheblich. Um einen treffenderen Vergleich der Kommunen untereinander zu ermöglichen, stellt das Statistische Landesamt seit 2010 zusätzlich Emissionen nach dem Verursacherprinzip dar. Der folgende Beitrag gibt neben der Methodendarstellung nach Quellen- und Verursacherprinzip vor allem einen Überblick über die vorhandenen Daten-

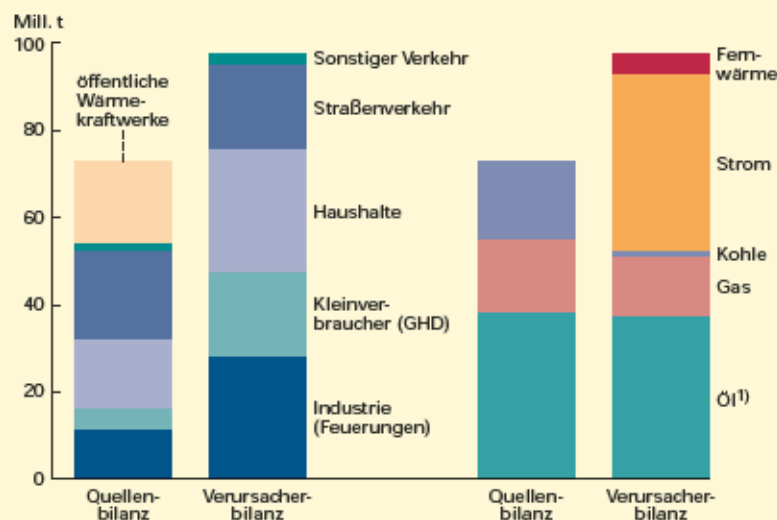
grundlagen und teilweise notwendigen Modellrechnungen sowie Hilfestellung bei der Interpretation der regionalen Ergebnisse.

73 Mill. t CO₂ erzeugt, aber indirekt 97 Mill. t verursacht

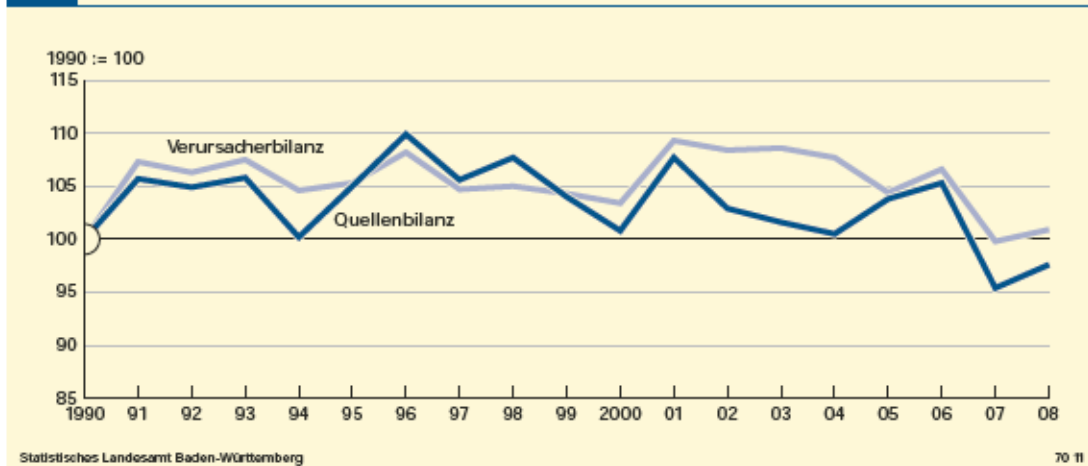
In Baden-Württemberg wurden 2008 insgesamt 72,6 Mill. t CO₂ bei der Verbrennung fossiler Energieträger direkt emittiert. Auf einen Einwohner bezogen ergeben sich 6,8 t, das ist einer der niedrigsten Pro-Kopf-Werte unter den Bundesländern (Bundesdurchschnitt: 9,1 t). Bei dieser Darstellung nach der Quellenbilanz werden die CO₂-Emissionen am Ort ihrer Entstehung nachgewiesen. Das bedeutet für die einzelnen Sektoren, dass Emissionen, die bei der Stromerzeugung entstehen, im Sektor Kraftwerke ausgewiesen werden und nicht beim Endverbraucher (Sektoren Industrie, Klein- gewerbe, private Haushalte). Folglich ist bei den privaten Haushalten und im Kleingewerbe vor allem der Verbrauch fossiler Energieträger zur Deckung des Raumwärme- und Warmwasserbedarfs enthalten. Im Straßenverkehr sind die Fahrleistungen aller Verkehrsteilnehmer (Anwohner und Auswärtige) Grundlage für die Berechnung der CO₂-Emissionen nach dem Prinzip der Quellenbilanz. Fahrleistungen außerhalb des betrachteten Gebiets (Bundesland, Gemeinde, Kreis) werden nicht bilanziert. Ebenso wird bei den übrigen Verkehrsträgern (Schienen-, Luft-, Schiffsverkehr) verfahren.

Werden die Emissionen, die bei der Strom- und Fernwärmeerzeugung entstehen, auf den Endverbraucher umverteilt, ergibt sich die Darstellung der Verursacherbilanz. In Baden-Württemberg ist das Bilanzergebnis nach Verursacherkonzept auf Landesebene mit 97,4 Mill. t bzw. 9,1 t je Einwohner deutlich höher als das der Quellenbilanz (Schaubild 1). Dies hängt einerseits damit zusammen, dass im Land mehr Strom verbraucht als erzeugt wird. Für einzelne Gemeinden oder Kreise fällt das Ergebnis auch umgekehrt aus. Wesentlich ist aber auch, dass für die Berechnung der CO₂-Emissionen aus dem Stromverbrauch der CO₂-Faktor des deutschlandweit durchschnittlichen

S1 CO₂-Emissionen in Baden-Württemberg 2008



1) Einschließlich sonstige Energieträger.

S2 CO₂-Emissionen in Baden-Württemberg seit 1990

Strommixes herangezogen wird. Diese Vorgehensweise ist notwendig, da keine Angaben darüber vorliegen, woher der jeweils verbrauchte Strom bezogen wird. Da die CO₂-neutrale Kernenergie in Baden-Württemberg im Bundesländervergleich einen überdurchschnittlich hohen Anteil ausmacht, sind die CO₂-Emissionen aus der Stromerzeugung im Bundesdurchschnitt deutlich höher als im Land. Für die Berechnung der CO₂-Emissionen aus der Fernwärmeerzeugung wird dagegen ein Baden-Württemberg-spezifischer CO₂-Faktor aus der Fernwärmeerzeugung berechnet¹. Für die Regionalberechnung werden sogar kreis-spezifische Fernwärmefaktoren ermittelt. Dem liegt die Annahme zu Grunde, dass die Fernwärme in der Regel nicht über größere Entfernungen transportiert, sondern in der Nähe des Ortes ihrer Entstehung eingesetzt wird.

Klimapolitische Anstrengungen zeigen langsam Wirkung

Als Basisjahr für die Reduktionsziele bei den Treibhausgasemissionen gilt international das Jahr 1990. Die energiebedingten CO₂-Emissionen in Baden-Württemberg (sowohl Quellen- als auch Verursacherbilanz) haben – wenngleich seit 2006 eine abnehmende Tendenz zu beobachten ist – seither in kaum nennenswerter Menge abgenommen. Je Einwohner betrachtet hat tendenziell ein leichter Rückgang stattgefunden. Die Entwicklung zeigt deutliche Schwankungen vor allem in Abhängigkeit vom Temperaturverlauf im jeweiligen Betrachtungsjahr und vom dadurch beeinflussten Energieverbrauch zur Erzeugung von Raumwärme. Die seit 2006 leicht rückläufige Tendenz ist vor allem bedingt durch niedrigere Emissionen im

T1 Quellenbezogene CO₂-Emissionen der Stadt Göppingen seit 1995 nach Emittentengruppen

Jahr	Energie- bedingte CO ₂ -Emissionen insgesamt	Davon				
		Kraftwerke und Industrie/ Feuerungen	Private Haushalte, GHD ¹⁾ und übrige Verbraucher	Verkehr	davon	
					Straßenverkehr	Sonstiger Verkehr
Tonnen						
1995	1 305 524	247 624	515 730	542 170	511 982	30 188
2000	1 399 878	288 381	547 436	564 061	537 027	27 034
2005	1 267 168	226 933	516 046	524 190	497 013	27 177
2006	1 307 386	205 353	588 178	513 856	485 604	28 251
2007	1 163 322	196 019	461 029	506 275	477 036	29 239
2008	1 163 322	196 019	461 029	506 275	477 036	29 239

1) Gewerbe, Handel, Dienstleistungen.
Berechnungsstand: Februar 2011.

1 Die Berechnungsmethode zur Quellen- und Verursacherbilanz auf Landesebene entspricht der im Länderarbeitskreis Energiebilanzen abgestimmten und koordinierten Vorgehensweise. Siehe unter www.lak-energiebilanzen.de. Dort stehen auch die verwendeten Emissionsfaktoren zum Download.

T2

Verursacherbezogene CO₂-Emissionen der Stadt Göppingen seit 2005
nach Emittentengruppen

Jahr	CO ₂ -Emissionen insgesamt	Davon				
		Industrie	darunter aus	Private Haushalte, GHD ¹⁾ und übrige Verbraucher	darunter aus	Verkehr ²⁾
			Strom- und Fernwärme- verbrauch		Strom- und Fernwärme- verbrauch	
	Tonnen					
2005	556 612	100 139	61 386	358 947	218 722	97 526
2006	573 575	98 800	62 861	378 003	223 956	96 772
2007	554 098	95 618	61 255	364 629	218 946	93 851
2008	554 098	95 618	61 255	364 629	218 946	93 851

1) Gewerbe, Handel, Dienstleistungen. – 2) Straßenverkehr und sonstiger Verkehr.
Berechnungsstand: Februar 2011

Bereich privater Haushalte und Kleingewerbe. Diese sind verursacht durch Einsparungen beim Brennstoffeinsatz in privaten Haushalten, ausgelöst durch erhöhte Energiepreise sowie die Umsetzung besserer Energiestandards bei Neu- und Umbauten. Ein Effekt, der in fast allen Städten und Gemeinden spürbar ist.

Der rückläufige Trend im zeitlichen Verlauf der Emissionen ist bei der Betrachtung der Quellenbilanz etwas deutlicher zu erkennen als bei der Verursacherbilanz (*Schaubild 2*). Dies hängt damit zusammen, dass der Stromverbrauch im betrachteten Zeitraum zum einen nicht in der gleichen Größenordnung abgenommen hat wie der Verbrauch fossiler Energieträger zur Wärmeerzeugung. Außerdem wurde die CO₂-Intensität der Stromerzeugung nicht in gleichem Ausmaß verbessert wie in den anderen Sektoren. Beispielsweise hat im Sektor private Haushalte eine Verschiebung vom leichten Heizöl zum emissionsärmeren Erdgas stattgefunden, was zu einer Verbesserung der CO₂-Intensität in diesem Sektor geführt hat. Erst seit 2006 ist auch die CO₂-Intensität der Stromerzeugung, vorwiegend durch die vermehrten Anstrengungen zum Einsatz erneuerbarer Energieträger, merklich zurückgegangen.

Höhe der Emissionen abhängig von der Branchenstruktur der Kommune

Immer mehr rücken die Fragen nach kommunalen CO₂-Minderungsstrategien in den Fokus der Klimapolitik. Um sinnvolle Strategien ableiten zu können, ist zunächst die Kenntnis des Status quo eine wichtige Grundvoraussetzung. Je nach Zielsetzung kann entweder die Quellenbilanz oder die Verursacherbilanz die geeig-

netere Ausgangsdatenbasis darstellen. Für die Regionaldarstellung der Emissionen erfolgt eine Aufteilung der Energieverbrauchsmengen der einzelnen Sektoren aus der Energiebilanz des Landes Baden-Württembergs mit Hilfe geeigneter Methoden auf die Städte und Gemeinden². Aufgrund der Datenverfügbarkeit beschränkt sich die Darstellung der beiden Bilanzen auf die in *Tabelle 1 und 2* dargestellten Jahre. Außerdem werden aus Gründen des Datenschutzes, methodischer Besonderheiten und der Datenverfügbarkeit nur die zusammengefassten Sektoren (Kraftwerke/Industrie, Haushalte/Kleingewerbe, Straßenverkehr, sonstiger Verkehr) wie in den beiden Tabellen abgebildet, ausgewiesen.

Bei der Quellenbilanz ist die Spanne der CO₂-Emissionen je Einwohner zwischen den Kommunen in Folge der regionalen Konzentration der Stromerzeugung sehr groß (2 bis 428 t). Hohe Pro-Kopf-Emissionen werden vor allem an Kraftwerksstandorten ermittelt, wohingegen in Kommunen mit unterdurchschnittlichen Pro-Kopf-Emissionen zumeist auch kaum Industrie und Energieerzeugung angesiedelt sind und wenig überregionaler Verkehr, im Besonderen auf Autobahnen, stattfindet (*Schaubild 3*). In gut 88 % der Städte und Gemeinden liegen die quellenbezogenen Pro-Kopf-Emissionen unter dem Landesdurchschnitt. Bei der Verursacherbilanz ist die Spanne deutlich geringer (3 bis 82 t je Einwohner). Hier kommen überdurchschnittlich hohe Werte im Wesentlichen durch die Ansiedlung von Industrie und Kleingewerbe sowie durch den Straßenfernverkehr auf Autobahnen zu Stande. Auch hier liegen in 80 % der Städte und Gemeinden die Pro-Kopf-Emissionen unter dem Landesdurchschnitt (*Schaubild 4*).

² Seit 2010 stellt das Statistische Landesamt zusätzlich zur herkömmlich dargestellten Quellenbilanz auf Nachfrage des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Baden-Württemberg auch die Verursacherbilanz auf kommunaler Ebene zur Verfügung.

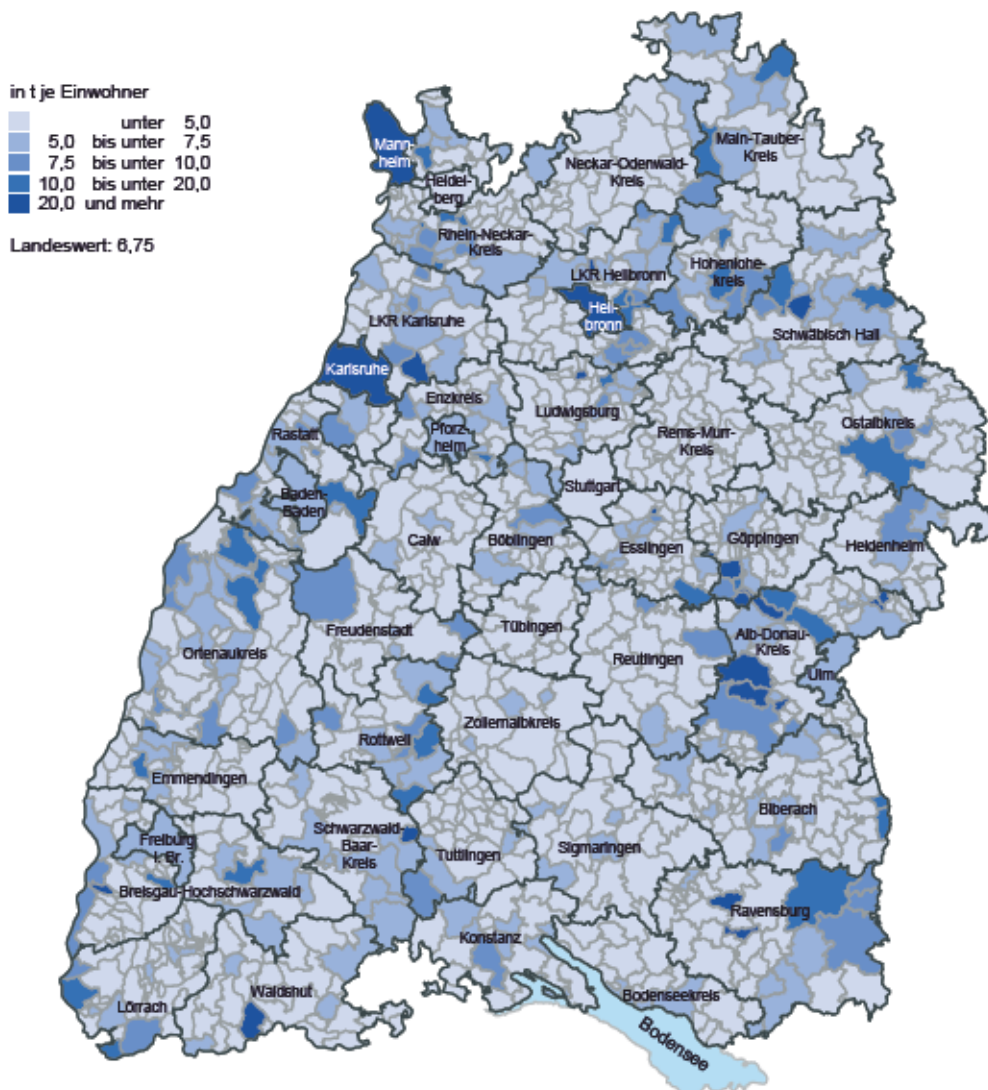
Große Schwankungen bei Industrie und Kraftwerken

Die Berechnung der kommunalen CO₂-Emissionen sowohl für die Kraftwerke als auch für die Industriebetriebe baut direkt auf die jährlich bei den Betreibern erhobenen Angaben zum Energieverbrauch nach Energieträgern auf. Die Emissionswerte der Quellenbilanz bewegen sich demzufolge zwischen 0 und 426 t je Einwohner. Bei der Verursacherbilanz, wo die Kraftwerke als Sektor nicht auftauchen, da der Strom- und Fernwärmeverbrauch auf die Endverbraucher umgerechnet wird, streuen die Emissionen zwischen 0 und 51 t je Einwohner.

Aus Datenschutzgründen können Kraftwerke und Industrie nur als ein zusammengefasster Sektor dargestellt werden. Die Darstellung nach der Verursacherbilanz enthält nur die Angaben der Industriebetriebe, bereinigt um die industrielle Stromerzeugung. Die Emissionen aus dem Strom- und Fernwärmeverbrauch sind getrennt ausgewiesen, um den Anteil der indirekten Emissionen darstellen zu können. Bei der Interpretation der Zeitreihe ist zu beachten, dass im Bereich der Industrie nur Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten enthalten sind. Teilweise kann es auch deshalb zu Schwankungen zwischen den einzelnen

S3

Energiebedingte CO₂-Emissionen je Einwohner in den Gemeinden
Baden-Württembergs 2008 – Quellenbilanz

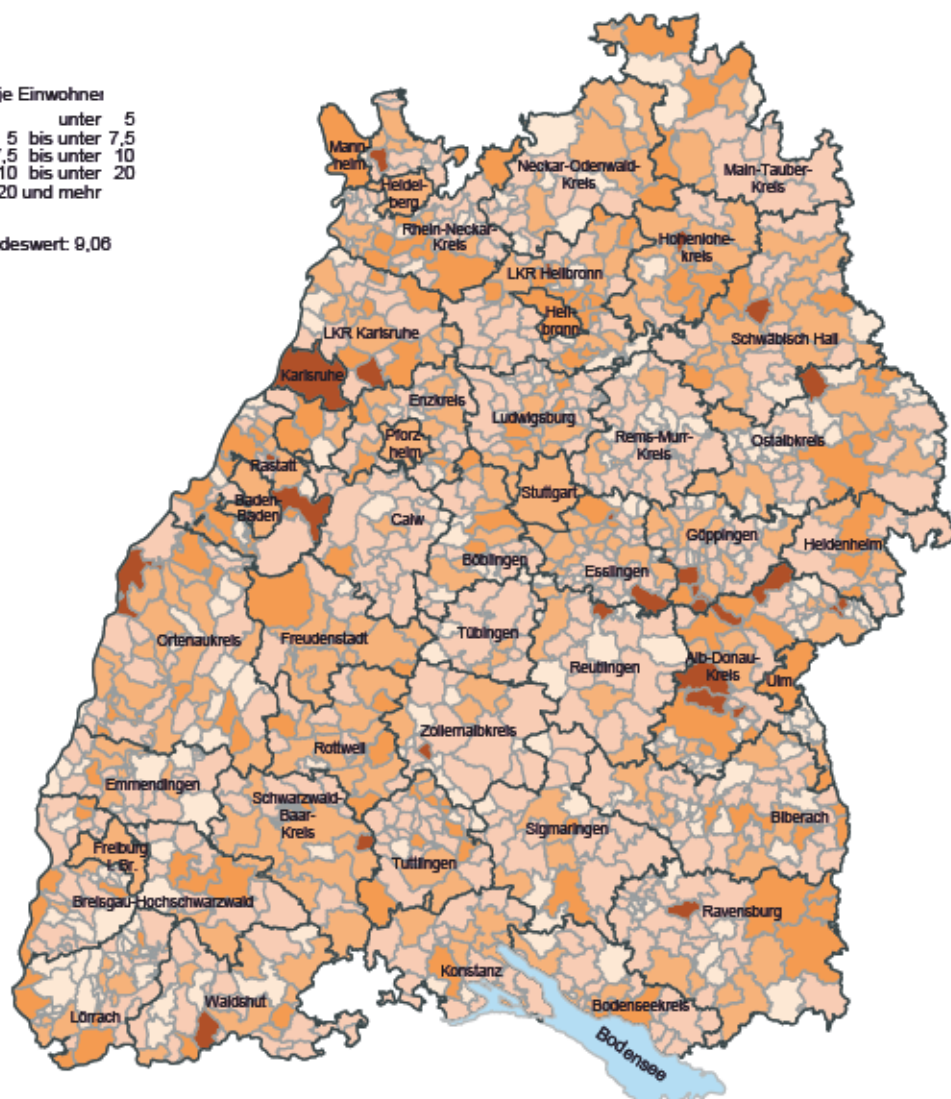


S4

Energiebedingte CO₂-Emissionen je Einwohner in den Gemeinden Baden-Württembergs 2008 – Verursacherbilanz

in t je Einwohner
 unter 5
 5 bis unter 7,5
 7,5 bis unter 10
 10 bis unter 20
 20 und mehr

Landeswert: 9,06



Berechnungsstand: Februar 2011.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

33-33-11-001
© Kartengrundlage: GfK GeoMarketing GmbH
Karte erstellt mit RegioGraph

Jahren kommen, weil einzelne Industrie-
betriebe aufgrund ihrer Beschäftigtenzahl neu in
die Befragung aufgenommen oder nicht mehr
einbezogen worden sind.

Regional bis zu 38 t CO₂ je Einwohner durch den Straßenverkehr

Die Emissionsberechnung im Bereich Straßen-
verkehr erfolgt auf der Basis der in 5-jährlichem
Turnus durch Straßenverkehrszählungen er-
mittelten Jahresfahrleistungen der Kraftfahr-
zeuge, differenziert nach Kraftfahrzeugarten
auf einzelnen Zählabschnitten³. Die Ergebnisse
der Straßenverkehrszählungen werden in den

Zwischenjahren mit Hilfe der Zählergebnisse
automatischer Zählstellen fortgeschrieben. So-
bald die aktuelle Straßenverkehrszählung aus-
gewertet worden ist, werden die Ergebnisse
der Zwischenjahre aufgrund mangelnder Ver-
gleichbarkeit nicht mehr dargestellt.

Die Berechnung liefert Ergebnisse nach dem
Prinzip der Quellenbilanz. Es wird nach dem
Standortprinzip nicht das Mobilitätsverhalten
der Anwohner betrachtet, vielmehr spiegelt
die Emissionsentwicklung durchgeführte Maß-
nahmen, wie zum Beispiel neue Ortsumfah-
rungen oder den überregionalen Einsatz ver-
brauchsärmerer Fahrzeuge, wider. Da über das
Mobilitätsverhalten der Anwohner keinerlei

³ Berechnungen der Emissionen mittels Emissionsfaktoren auf der Grundlage des Handbuchs Emissionsfaktoren des Straßenverkehrs Version 2.1, Umweltbundesamt 2004.

Angaben vorliegen, werden auch in der Verursacherbilanz im Bereich Straßenverkehr die Werte der Quellenbilanz übernommen. Es wird an dieser Stelle somit vom eigentlichen Konzept der Verursacherbilanz abgewichen. Die Emissionen streuen je nach Bedeutung des überregionalen Verkehrs in 2008 zwischen 0,3 und 38 t je Einwohner.

Die Emissionen im Sonstigen Verkehr setzen sich zusammen aus dem Schienen-, Luft- und Binnenschiffverkehrsverkehr sowie aus dem Off-Road-Verkehr (landwirtschaftliche Zugmaschinen, Baumaschinen, Rasenmäher, etc.). Nach dem Prinzip der Quellenbilanz werden die Energieverbräuche anhand geeigneter Größen (zum Beispiel Beschäftigte im Baugewerbe) auf die Städte und Gemeinden verteilt⁴. Für die Verursacherbilanz wird vereinfachend der gesamte Energieverbrauch im Sektor sonstiger Verkehr über die Einwohnerzahl den Städten und Gemeinden zugeteilt. Die Emissionen bei den Bilanzen liegen in allen Kommunen unter 2 t pro Einwohner.

Modellrechnungen für Haushalte und Kleingewerbe

Mit dem Energieverbrauch der privaten Haushalte für Raumwärme- und Warmwasserbereitstellung ist im gleichen Sektor zusammengefasst auch der Energieverbrauch des Kleingewerbes enthalten. Darunter fallen Gewerbe-, Handels- und Dienstleistungsbetriebe (GHD), Industriebetriebe von Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten, Baubetriebe, öffentliche Verwaltungen sowie landwirtschaftliche und militärische Einrichtungen. Aufgrund des unterschiedlichen regionalen Gewichts dieses Kleingewerbes differieren die Pro-Kopf-Emissionen in den Städten und Gemeinden zwischen 0,2 und 6 t je Einwohner bei der Quellenbilanz und mit einer Ausnahme zwischen 1,1 und 8,7 t je Einwohner bei der Verursacherbilanz. Der Anteil des Kleingewerbes ist je nach Struktur der Gemeinde sehr unterschiedlich und liegt zwischen 0 und 77 % bei der Quellenbilanz bzw. 0 und 71 % bei der Verursacherbilanz.

In diesem Sektor bestehen auf kommunaler Ebene erhebliche Lücken bei den verfügbaren Daten. Daher wird für die Berechnung des Energieverbrauchs nach Energieträgern auf Kreis- und Gemeindeebene auf verschiedene allgemeine Annahmen zurückgegriffen. Teilweise vorhanden sind Angaben zum Versorgungsgebiet der Gasversorger. Außerdem stehen die Angaben der Energieversorger zur Abgabe an Fernwärme nach Verbrauchergruppen zur Verfügung. Beim Einsatz von Fern-

wärme wird vereinfachend unterstellt, dass diese am Ort ihrer Entstehung auch verbraucht wird. Für die übrigen Energieträger sind lediglich Landeszahlen vorhanden, wobei die Angaben des Mineralölwirtschaftsverbandes zum leichten Heizöl selbst auf Landesebene nicht differenziert nach Haushalten und Kleingewerbe vorliegen.

Für den Teilbereich privater Haushalte werden zur regionalen Verteilung der Energieträger Kohle, Holz und Strom die mehrjährlich vorliegenden Angaben aus dem Mikrozensus (1 %-Haushaltsstichprobe) zur überwiegenden Beheizungsart auf Ebene der Regionen herangezogen und innerhalb der Regionen anhand von Schlüsselfaktoren auf die Städte und Gemeinden verteilt. Im Bereich Kleingewerbe werden für eine solche Verteilung die Beschäftigten in den unterschiedlichen Bereichen des Kleingewerbes herangezogen. Schließlich wird ein durchschnittlicher Energieverbrauch je Haushalt bzw. je Beschäftigtem angenommen und die fehlende Information zum Verbrauch an leichtem Heizöl als Differenzgröße errechnet. In die Berechnungen geht auch eine Gewichtung verschiedener Klimazonen ein, mit Hilfe derer unterschiedliches Heizverhalten in Abhängigkeit von abweichenden Außentemperaturen in den Regionen berücksichtigt wird. Durch diese Vorgehensweise werden insbesondere Maßnahmen zur Wärmedämmung und zur ergänzenden Warmwasserbereitstellung durch Solarthermie nur pauschal über den Landeswert berücksichtigt. Regionale Unterschiede bei diesbezüglichen Anstrengungen werden deshalb in der Berechnung nicht abgebildet. Der Sektor wird nur zusammengefasst veröffentlicht, da zum einen Datenschutzgründe eine getrennte Ausweisung nicht zulassen (Fernwärme). Vor allem aber lassen die beschriebenen Unsicherheiten bei der methodischen Vorgehensweise keinen direkten Vergleich unter den Kommunen im Haushaltssektor zu.

Fazit zur methodischen Vorgehensweise

Mit der Darstellung der Quellen- und Verursacherbilanz stehen für jede Kommune in Baden-Württemberg jährliche Daten zu den CO₂-Emissionen zur Verfügung, die nicht nur für die Kommunen untereinander, sondern auch mit den entsprechenden Größen auf Landes- und Bundesebene direkt vergleichbar sind. Je nach Betrachtungsziel kann entweder die Quellen- oder die Verursacherbilanz sinnvolle Ausgangsdaten liefern. In den Bereichen Industrie, Kraftwerke und Straßenverkehr (letzterer nur für die Quellenbilanz) gehen statistisch er-

⁴ Zur genaueren Vorgehensweise bei der Berechnung im Straßenverkehr sowie bei den einzelnen Verkehrsträgern im sonstigen Verkehr siehe Schmauz, Sabine: Direkte CO₂-Emissionen in den Städten und Gemeinden Baden-Württembergs, in Statistisches Monatsheft 9/2008, S.45 ff.

hobene Daten zum Energieverbrauch nach Energieträgern bzw. zu Jahresfahrleistungen nach Kfz-Arten und Streckenabschnitten in die Berechnungen ein und führen so zu belastbaren Ergebnissen. In den Sektoren Sonstiger Verkehr sowie Haushalte und Kleingewerbe bestehen teilweise Lücken in den Ausgangsdaten, weshalb an einigen Stellen auf verallgemeinernde Annahmen zurückgegriffen werden muss. Bei der Interpretation der Ergebnisse sind daher vor allem in diesen Bereichen nur bestimmte Aussagen zulässig. Aufgrund der Datenschutzbestimmungen in der amtlichen Statistik einerseits und der methodischen Vorgehensweise bei den Berechnungen andererseits können die Sektoren nur in zusammengefasster Form, wie in den beiden abgebildeten Tabellen veröffentlicht werden. Aus denselben Gründen ist eine Veröffentlichung der zu Grunde liegenden Energieverbrauchswerte nicht möglich.

Eine regionale Darstellung der übrigen Treibhausgasemissionen (vor allem Methan und Lachgas) kann derzeit noch nicht zur Verfügung gestellt werden. Dabei ist zu beachten, dass bei diesen Gasen, anders als beim CO₂, außer den energiebedingten Emissionen weitere Sektoren von Bedeutung sind (zum Beispiel die Landwirtschaft). Ebenso wird auf eine Betrachtung der Vorketten verzichtet, das heißt die Emissionen bei der Produktion der Brennstoffe sind nicht einbezogen. Da in diesem Bereich keine differenzierten Daten vorliegen, würden kleinräumige Betrachtungen schnell zu einem verzerrten Abbild der Wirklichkeit führen. ■

Weitere Auskünfte erteilt
Sabine Schmauz, Telefon 0711/641-20 02,
Sabine.Schmauz@stala.bwl.de

■ kurz notiert ...

Tourismus legt 2010 wieder deutlich zu

Ähnlich wie viele andere Branchen hat auch der heimische Tourismus 2010 die krisenbedingte Schwäche des Vorjahres überwunden. Nach einer noch verhaltenen Entwicklung zu Jahresbeginn übertrafen sowohl die Gästezahlen als auch deren Übernachtungen in allen Monaten ab März 2010 die Ergebnisse des Vorjahres. 16,7 Mill. Gästeankünfte in Beherbergungsbetrieben mit mehr als acht Schlafgelegenheiten bedeuten sogar einen historischen Rekordwert. Damit wurde der Vorjahreswert um 655 000 Übernachtungsgäste bzw. 4,1 % übertroffen. Die für das Gewerbe bedeutendere Übernachtungszahl nahm wegen des anhaltenden Trends zu kürzeren Aufenthalten etwas schwächer um 2,6 % bzw. um 1,1 Mill. auf 43,5 Mill. zu. Damit wurde das bisherige Spitzenresultat aus dem Vorkrisenjahr 2008 nur knapp um 102 000 Übernachtungen verfehlt.

Zwar wurden 2010 auch bei den Inlandsgästen Zuwächse sowohl bei der Gästezahl (+ 3 % oder + 383 000 auf 13,2 Mill.) als auch bei den Übernachtungen (+ 1,2 % oder + 437 000 auf 35,5 Mill.) verzeichnet. Die stärkeren Impulse gingen aber von den Auslandsgästen aus, die nach der krisenbedingten Unterbrechung 2009 nahtlos an die expansive Entwicklung der vorhergehenden Jahre anknüpften. 2010 stiegen über 3,5 Mill. Gäste mit ausländischem Wohnsitz in einer baden-württembergischen Unterkunft ab, 8,3 % bzw. 272 000 mehr als 2009 und damit so viele wie in keinem Jahr zuvor. Die Übernachtungen

der Auslandsgäste legten gegenüber 2009 sogar um 9 % oder 661 000 zu und überschritten damit erstmals die Schwelle von 8 Mill.

Zwischen den verschiedenen Teilsegmenten des Übernachtungstourismus im Land verlief die Entwicklung recht unterschiedlich. So verfehlten 2010 die Übernachtungen in Erholungs- und Ferienheimen, in Ferienzentren, auf Campingplätzen und in den Vorsorge- und Reha-Kliniken ihr jeweiliges Vorjahresergebnis um 3,5 bis 2,4 %. Die Parahotellerie, zu der diese Übernachtungsmöglichkeiten – mit Ausnahme der Kureinrichtungen – gezählt werden können, kam insbesondere durch eine deutlich positive Entwicklung der Ferienhäuser und -wohnungen und der Schulungsheime insgesamt auf ein Übernachtungsplus von 0,8 %. Damit konzentrierten sich die Zuwächse auf die Hotellerie (Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe und Pensionen) als Kernbereich der Branche. Durch einen Übernachtungszuwachs um 4,5 % wurde hier 2010 das Ergebnis aus dem Vorkrisenjahr 2008 zwar noch knapp verfehlt. Mit nahezu 27,3 Mill. Übernachtungen wurde aber das zweitbeste Ergebnis in der Geschichte der Hotellerie erzielt.

In der Gliederung nach Gemeindegruppen mussten die klassischen Tourismusziele, Gemeinden mit einem Prädikat als Bad-, Kur- oder Erholungsort, 2010 einen leichten Übernachtungsverlust um 0,2 % hinnehmen. Die sonstigen Gemeinden ohne touristisches Prädikat legten bei den Übernachtungen dagegen um überdurchschnittliche 5,9 % zu. ■